

Nun komme ich zum Schluß. Natürlich habe ich da einen Wunschzettel zur Hand. Bitte, unterstützen Sie den Gedanken der Ferienkurse, wo Sie es nur können, denn zuletzt kommt unseren Geschäften diese Weiterbildung des Nachwuchses zugute. Gut geschulte Mitarbeiter heben den Umsatz.

In der Praxis können Sie die Kurse einmal durch Geld unterstützen. Geld bleibt aber unpersönlich. Schon besser ist es, wenn Sie den Teilnehmern die Zeit, die sie für die Kurse benötigen, nicht auf das Konto des Sommerurlaubes in Anrechnung bringen. Dadurch bleibt dem Gehilfen auch noch Zeit, einen Teil der Ferien bei seinen Angehörigen in der Heimat zu verleben. Die Ferienkurse dürfen die Verbindung mit dem Elternhause nicht stören.

Geben Sie aber Geld und rechnen Sie die Ferienkurszeit nicht auf den Urlaub an, und besuchen Sie sogar einmal selbst einen Ferienkursus, dann sind Sie der »vollendete Chef«!

Wenn wir uns nun fragen, weswegen all dieser Aufwand, es ging doch auch früher ohne diesen, so könnte ich Ihnen gleich mit den üblichen Phrasen wie »Neubau«, »Wiederaufbau« usw. in die Quere fahren. Das sind alles Redensarten, die man nicht mehr hören mag.

Ich bitte Sie herzlichst, lassen Sie uns möglichst geräuschlos den Plan durchführen, den ich Ihnen schildern durfte. Wir dienen durch diese Arbeit in unserem Kreise unserer Heimat, dem Vaterlande und darüber hinaus der Menschheit.

Und auf dieser Grundlage können wir uns alle die Hände reichen, die 60jährigen, die 40jährigen und die Jugend. Die Jugend von heute übernimmt morgen unsere Arbeit und damit die Last der Verantwortung!

Was wir erstreben können, ist eine gewissenhafte Pflichterfüllung in allen Lebensabschnitten.

Glückwunschdepeschen.

Von der Reichspost ist geplant, für besondere Gelegenheiten Telegramme dem Adressaten nicht auf dem gewöhnlichen Formular und in der üblichen mechanischen Schrift zuzustellen, sondern auf einem mit Bildschmuck versehenen Blatt, auf dem der Text kalligraphisch aufgetragen werden soll. Für solche Glückwunsch-Telegramme ist eine Sondergebühr zu entrichten.

Der Gesamtausschuß der Papier verarbeitenden Industrien hat in dieser Angelegenheit unterm 13. September die weiter unten abgedruckte Eingabe an den Reichspostminister gerichtet.

Unterm 23. September hat der Reichspostminister diese Eingabe abschlägig beschieden. Der Gesamtausschuß der Papier verarbeitenden Industrien wird sich mit der Frage näher beschäftigen, da den Gründen des Reichspostministers von der Industrie nicht beigetreten werden kann.

Beide Schreiben lauteten:

Durch die Mitteilungen uns angeschlossener Verbände sowie aus der Presse erfahren wir, daß die Reichspost beabsichtigt, in Kürze Glückwunschdepeschen mit bildlichem Schmuck einzuführen. Der Gesamtausschuß der Papier verarbeitenden Industrien, welcher die Vertretung der Papier verarbeitenden Industrien in gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten ist, sieht der Verwirklichung dieser Absicht mit ernstlichen Bedenken entgegen und erlaubt sich, mit nachstehendem auf folgendes hinzuweisen:

Glückwunschtelegramme auf Kunstblättern sind bisher lediglich von den Postverwaltungen kleinerer Länder eingeführt worden; ausländische Großmächte sind bisher der Einführung noch nicht nähergetreten. Eine wirkliche Erprobung dieser Einrichtung in größerem Rahmen liegt daher noch nicht vor. Nach zuverlässigen Nachrichten ist die Einrichtung auch in einigen Ländern, die sie bisher eingeführt haben, auf Widerspruch gestoßen, sodaß durchaus noch nicht feststeht, ob die Einrichtung als dauernde beibehalten werden wird. — Daß es sich in Deutschland keineswegs um ein unabweiskbares Bedürfnis handelt, dürfte auch von der Postverwaltung zugegeben werden. Erfahrungsgemäß werden Wünsche auf postalischem Gebiete, die aus dem Publikum kommen, in breiterer und dringlicher Weise in der Öffentlichkeit erörtert. Im vorliegenden Falle wird aber eine genaue Beobachtung der Presse oder sonstiger Äußerungen der öffentlichen Meinung nichts gezeigt haben, was ein Bedürfnis des Publikums

nach Einführung der geplanten Einrichtung irgendwie erkennen ließe. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands aber, die mit der Lage der Postverwaltung in engster Wechselwirkung steht, spricht gegen die Einführung von Versuchen, deren wirtschaftliche Tragweite eine günstige Beurteilung nicht zuläßt.

Wenn somit für die Absicht der Postverwaltung durchschlagende Gründe wohl kaum geltend gemacht werden dürften, so können die Nachteile für die Wirtschaft nicht übersehen werden. Die deutsche graphische Industrie befindet sich durch den völligen oder fast völligen Verlust großer Auslandsmärkte — es seien nur Italien, die Schweiz, Frankreich, Belgien und Spanien genannt — und durch die Verarmung des Inlandmarktes in einer überaus ernsten wirtschaftlichen Situation. Das hat sich nicht nur in den vergangenen Monaten im Zusammenbruch verschiedener großer und alter Unternehmungen gezeigt, sondern zeigt sich vor allen Dingen ständig in der ungeheuren Schwierigkeit, mit der das gesamte Gewerbe, insbesondere das Bildruckgewerbe, auch heute noch zu kämpfen hat. Die Industrie versucht zwar nach Möglichkeit, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen und damit auch ihrerseits zu einer Verringerung des Millionenheeres der Arbeitslosen beizutragen; sie legt aber deshalb ihrerseits auch Wert darauf, daß nicht diesen Bemühungen vermeidbare Störungen entgegen treten. Es gibt daher zu schwerer und grundsätzlicher Sorge Anlaß, wenn eine Amtsstelle, deren wichtige und für die Wirtschaft unersehliche Aufgaben auf anderem Gebiete liegen, hier der graphischen Industrie auf deren eigenstem Gebiete gegenübertritt und deren Aufgaben zu einem Teil auf sich übernimmt.

Hierzu kommt folgendes: Wenn auch vielleicht zurzeit die Kreise des Publikums, die von Glückwunschtelegrammen Gebrauch machen, sich von denen, die Glückwunschkarten schicken, unterscheiden, so liegt doch in der Weiterentwicklung der Glückwunschkarte nach der künstlerischen und technischen Seite hin eine von mancher Seite in allerletzter Zeit bereits angeregte und zweifellos für die Privatindustrie zukunftsreiche Aufgabe. In der Tat läßt die Glückwunschkarte eine weitere Ausgestaltung nach manchen Richtungen hin zu. Aber die Feststellung dieser Möglichkeiten, ihre Erprobung und Weiterführung kann nur die Aufgabe der auf die Wünsche des Publikums eingestellten, sie beobachtenden und ihnen folgenden Privatindustrie sein, nicht aber zum Wirkungskreis eines Reichsressorts gezählt werden, dem die Befriedigung von Mode- und Geschmacksbedürfnissen fernliegen muß. Die angedeutete Entwicklung, die die derzeitige Unterscheidung zwischen den Benutzern von Glückwunschkarten und denen von Glückwunschtelegrammen weitgehend beseitigen würde, wird naturgemäß rettungslos im Keim erstickt, wenn die Behörde ihrerseits feste Normen schafft und durch Ausgestaltung des Glückwunschtelegramms in das Gebiet der bildlichen Darstellung hinein dieser die weitere Entfaltungsmöglichkeit hemmt. Das bedeutet eine schwere Verantwortung, die die Postbehörde durch ihren Eingriff in die natürliche Entwicklung des Wirtschaftslebens auf sich nimmt, und die um so schwerer ist, als sie — wie erwähnt — in eine Zeit gesteigerter Arbeitslosigkeit fällt.

Der Beeinträchtigung der graphischen Industrie, die in dem Vorgehen der Postbehörde ohne jeden Zweifel auch bei objektiver Würdigung zu erblicken ist, steht auf der anderen Seite nichts gegenüber, was etwa eine Förderung anderer Wirtschaftszweige bedeuten könnte. So wird auch die Papierherstellung durch die Absichten der Postbehörde in keiner Weise gefördert, denn auch die Papierindustrie würde aus einer ungestörten Entwicklung der Glückwunschkartenindustrie weitere Produktionsmöglichkeiten durch Schaffung verschiedenster Artikel gewinnen können, während die Einrichtung der Postverwaltung ihr doch nur vielleicht die Möglichkeit zur Herstellung eines bestimmten, von vornherein festgelegten Artikels bietet, und auch das nur, wenn die neue Einrichtung wirklich viel benutzt werden sollte.

Endlich aber, um auch diesen Punkt nicht außer acht zu lassen, wäre im Interesse der Künstlerschaft zu wünschen, daß sie für die Herstellung von Glückwunschkarten in erhöhtem Maße herangezogen werden könnte, während die Herstellung eines offiziellen Telegrammentwurfs eine einmalige Aufgabe darstellt, mit der dem großen Kreise der notleidenden Künstler in keiner Weise geholfen ist.

Das Problem des staatlichen Eingreifens in Gebiete, die bisher der freien Wirtschaft angehört haben, ist in ausgedehntestem Maße von hervorragenden Führern der Industrie sowie von hervorragenden Männern der Theorie und der Praxis erörtert worden. Es will uns scheinen, als ob hier an einem zwar zunächst für weniger wichtig angesehenen, in Wirklichkeit aber in seinen weiteren Folgen bedeutenden Falle die Lebensaufgaben der Industrie nicht in genügendem Maße berücksichtigt worden sind. Wir bitten, diesen grundsätzlichen Bedenken Rechnung zu tragen und von einem Versuch abzusehen, bei dem